

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 25/81

Berlin

19. Juni 1981

48. Jahrgang

*Leibnitz*

### Problematische Planziele der RGW-Länder

#### Fünfjahrplan 1981 bis 1985: Mehr Produktivität bei stagnierendem Verbrauch

##### 1980: Unbefriedigende Entwicklung

Die staatliche Wirtschaftsplanung im RGW-Raum<sup>1</sup> hatte für 1980 eine deutliche Beschleunigung des Produktionswachstums vorgesehen. Das galt für die Sowjetwirtschaft und – in noch stärkerem Maße – auch für die sechs kleineren RGW-Mitgliedsländer – RGW(6) – zusammengenommen. Die tatsächlich erzielten Ergebnisse blieben unter diesem Planziel:<sup>2</sup> Das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft war – in erster Linie wegen der Produktionsschwäche der Landwirtschaft<sup>3</sup> – bestenfalls so hoch wie im Vorjahr (+ 2,5 vH). Die Expansion in den RGW(6)-Ländern hat sich sogar spürbar verringert (1979: + 2,5 vH; 1980: + 1 vH), wobei allerdings die Entwicklung von Land zu Land starke Unterschiede aufwies. Auf der einen Seite hat sich das Wachstum der DDR-Wirtschaft – wenn auch schwächer als geplant – beschleunigt (um 0,5 vH auf über 4 vH)<sup>4</sup>, auf der anderen Seite mußten Ungarn (– 0,5 vH) und vor allem Polen (– 4 vH) sogar einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung hinnehmen. Die Ursachen dafür lagen in Polen im wesentlichen in den strukturpolitischen Fehlentscheidungen der frühen siebziger Jahre<sup>5</sup>; in Ungarn ist der Rückgang die Konsequenz des 1979 eingeleiteten Kurswechsels. Die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts genießt seither absolute Priorität, und diese Politik wurde – auch unter Inkaufnahme von Wachstumsverlusten – bisher konsequent durchgeführt.

In Rumänien hat sich das Wachstum auffällig abgeschwächt (1979: + 9 vH; 1980: + 2,5 vH). Da die Nettoproduktion der rumänischen Industrie nach

offiziellen Angaben um 8,5 vH gesteigert wurde, ist dies mit dem Gesamtergebnis nur vereinbar, wenn die Entwicklung der übrigen Sektoren, allen voran die Landwirtschaft, stark rückläufig gewesen ist. Allein in Bulgarien ist das Nationaleinkommen mit der geplanten Rate gewachsen; allerdings ist wegen der beschränkten Informationen unklar, welcher Bereich zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Weder die Industrie (Plan: + 6,5 vH; Ist + 4 vH) noch gar

<sup>1</sup> Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn. Auf die außereuropäischen RGW-Mitglieder (Kuba, Mongolei, Vietnam) wird nicht eingegangen.

<sup>2</sup> Die Analyse der Wirtschaftsentwicklung in den RGW-Staaten trifft nach wie vor auf eine Reihe von spezifischen Schwierigkeiten statistischer und allgemein informatorischer Art. Die Daten über die Planerfüllung – in diesem Bericht für 1980 – sind naturgemäß vorläufig. Basis der Planung ist das erwartete Ergebnis der Vorperiode. Die statistische Berichterstattung der RGW-Länder hat sich trotz der gegenteiligen Verpflichtung ihrer Regierungen in der KSZE-Schlußakte bisher grundsätzlich nicht verbessert. Über viele Bereiche werden überhaupt keine Angaben veröffentlicht (z. B. Zahlungsbilanz), und diese Lücken lassen sich nur in wenigen Fällen durch Schätzungen schließen. Häufig besteht überdies Unsicherheit, ob sich die veröffentlichten Raten auf nominale oder reale Werte beziehen, weil – wohl bewußt – keine Erläuterungen über die Preisbasis gegeben werden (z. B. Außenhandel). Bei vielen Daten läßt sich schließlich die Aussagekraft nicht beurteilen (z. B. Realeinkommen der Bevölkerung), weil die Ermittlungsmethode nicht erläutert wird.

<sup>3</sup> Vgl.: Die UdSSR an der Schwelle des 11. Fünfjahrplans. Bearb.: Heinrich Machowski und Maria Elisabeth Ruban. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 19/1981.

<sup>4</sup> Vgl.: DDR-Wirtschaft im Strukturwandel. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 6/1981.

<sup>5</sup> Vgl.: Polens Wirtschaftskrise auf dem Höhepunkt? Bearb.: Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 22/1981.

die Landwirtschaft (Plan: + 3,5 vH; Ist: – 5 vH) konnten ihre Pläne erfüllen.

**Gebiet und Bevölkerung der RGW-Länder**

	Fläche	Bevölkerung <sup>1)</sup>	
	1000 qkm	Mill. Personen	Personen je qkm
Bulgarien	111	9,0	81
CSSR	128	15,3	120
DDR	108	16,7	155
Polen	313	35,6	114
Rumänien	238	22,2	93
Ungarn	93	10,7	115
RGW (6)	991	109,5	111
UdSSR	22 402	265,6	12
RGW (7)	23 393	375,1	16
Kuba	111	9,8	88
Mongolei	1 565	1,6	1
Vietnam	330	52,9	160
RGW (10)	25 399	439,4	17

1) Jahresmitte 1980.  
 Quelle: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW 1980 und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder.

**1976 bis 1980: Wachstumsabschwächung statt Kontinuität**

Nach dem letzten Jahr des Fünfjahrplans 1976 bis 1980 steht fest, daß in keinem der europäischen RGW-Staaten die mittelfristigen Ziele erreicht werden konnten. Vorgesehen war, das in der ersten Hälfte der siebziger Jahre erzielte Wachstum fortzusetzen; allein in Polen wurde versucht, durch eine Drosselung des Wachstumstempos das binnen- und außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen. Tatsächlich hat sich die Expansion in ganz Osteuropa – wenn auch in von Land zu Land unterschiedlichem Ausmaß – verringert; in Polen viel stärker als geplant. Ausschlaggebend war die Verlangsamung der Industrieproduktion. Dieser einheitliche Trend muß überraschen, weil sich die einzelnen RGW-Volkswirtschaften in vielerlei Hinsicht und zum Teil sogar sehr deutlich voneinander unterscheiden:

- Zur osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehören hochentwickelte Industriestaaten (DDR, CSSR), aber auch Länder, die sich erst seit einer relativ kurzen Zeit auf dem Weg zur Industrialisierung befinden (Bulgarien, Rumänien, Polen). Entsprechend unterschiedlich ist auch das gesamtwirtschaftliche Gewicht von Industrie und Landwirtschaft.
- Im RGW gibt es Volkswirtschaften, die über reichhaltige einheimische Energie- und Rohstoffressourcen verfügen (UdSSR und – mit Abstand – Polen), andere dagegen müssen einen großen Teil ihres Energie- und Rohstoffbedarfs durch Importe decken (Bulgarien, DDR, Ungarn). Entspre-

**Anteil der Industrie und der Landwirtschaft am produzierten Nationaleinkommen und an der Beschäftigung 1979**  
in vH

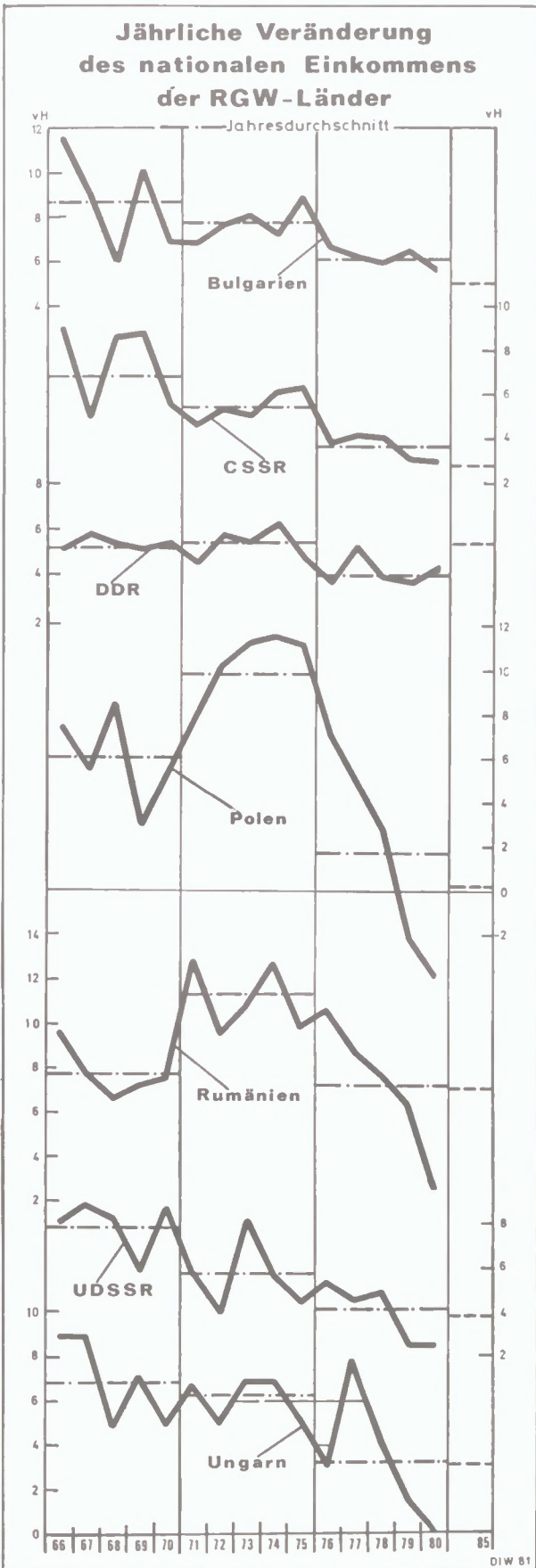
	Nationaleinkommen		Beschäftigung <sup>1)</sup>	
	Industrie <sup>2)</sup>	Landwirtschaft <sup>3)</sup>	Industrie <sup>2)</sup>	Landwirtschaft <sup>3)</sup>
Bulgarien	65	20	52	30
CSSR	75	7	60	18
DDR	68	10	63	13
Polen	64	16	49	32
Rumänien	70	16	50	35
UdSSR	63	16	50	27
Ungarn	60	15	52	27

1) Im produzierenden Bereich (Jahresdurchschnitt). -2) Einschließlich Bauwirtschaft. -3) Einschließlich Forstwirtschaft.  
 Quelle: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW 1980.

chend unterschiedlich sind die ökonomischen Konsequenzen der Energieverteuerung.

- Der RGW vereint Volkswirtschaften mit einem – international gesehen – relativ hohen Grad der Außenhandelsverflechtung (Ungarn, Bulgarien) und Volkswirtschaften, in denen die außenwirtschaftlichen Belange eine geringere Bedeutung haben (UdSSR). Entsprechend unterschiedlich sind die Wirkungen weltwirtschaftlicher Veränderungen.
- In ordnungspolitischer Hinsicht herrscht in den meisten RGW-Ländern – dem sowjetischen Vorbild folgend – eine direktive, vollzugsverbindliche staatliche Planung vor; nur in Ungarn gibt es eine indirekte zentrale Steuerung mit Hilfe marktwirtschaftlicher Instrumente. Basis ist aber auch hier das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln („sozialistische Marktwirtschaft“). Entsprechend unterschiedlich ist der Grad zentraler Kontrolle über die Wirtschaftsprozesse.

Wenn trotz dieser Unterschiede das Wachstumstempo allenthalben zurückgeht, so ist dies auf die veränderten Bedingungen zurückzuführen. Im Gegensatz zu den zehn Jahren 1966 bis 1975, als in allen RGW-Staaten die makroökonomische Investitionsquote spürbar gestiegen ist, haben diese Länder im vergangenen Jahrfünft die inländische Kapitalbildung begrenzt und sich bemüht, das Wachstum stärker durch „Intensivierung“ als durch extensive Vermehrung des Produktionspotentials zu ermöglichen. Zudem hat sich das Arbeitskräfteangebot, vor allem aus demographischen Gründen, mehr und mehr verknappt. In dieser Situation haben sich die altbekannten Schwächen der osteuropäischen Planwirtschaften – nicht effizienter Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, Innovationsträgheit, Organisationsmängel auf Makro- und Mikroebene, geringe Flexibilität des Planungsapparates usw. – stärker negativ bemerkbar gemacht als in der Ver-



gangenheit. Hinzu kam die immer noch sehr hohe Witterungsanfälligkeit der Wirtschaften, von der nicht nur die Ernten, sondern auch die Industrieproduktion betroffen wurde.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß in keinem Land die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität plangemäß gesteigert werden konnte (Schätzung; jährliche Zunahme in vH):

	1976 bis 1980	
	Plan	Ist
Bulgarien	7,5	6
CSSR	4,5	3
DDR	5	3,5
Polen	6	1,5
Rumänien	10	7
UdSSR	4,5	3
Ungarn	5,5	3,5

#### 1981 bis 1985: Austerity-Programme

In den Jahren 1981 bis 1985 soll das Wachstum der Gesamtwirtschaft auf dem zuletzt erreichten Niveau stabilisiert werden. Um dieses Planziel zu verwirklichen, wird in erster Linie auf die Erhöhung der Produktivität gesetzt. Gleichzeitig aber sollen die Kapitalkosten des Strukturwandels minimiert werden. Beschleunigung des technischen Fortschritts, Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Organisation, Energieeinsparung, Konzentration der Investitionen auf Rationalisierung und Modernisierung, Erhöhung der individuellen Arbeitsleistung sind die wirtschaftspolitischen Leitgedanken.

Gerade in dieser Richtung haben jedoch die osteuropäischen Planwirtschaften bisher keine allzu großen Erfolge aufzuweisen. Schon deshalb erscheinen die Planziele für das laufende Jahrfünft als zu optimistisch. Hinzu kommt, daß die RGW-Länder in zunehmendem Maße dazu gezwungen werden, ihre Außenhandelspolitik den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen; dies wird ihre Wachstumschancen weiter vermindern.

Die RGW(6)-Länder werden einen Exportüberschuß erwirtschaften müssen, um die Last der Auslandsverschuldung — dies gilt nicht nur für Polen — zu verringern und die Wirkungen einer weiteren Verschlechterung ihrer Realaustauschverhältnisse (Index der Ausfuhrpreise in vH der Einfuhrpreise) zu kompensieren. Die Expansion der Inlandsverwendung wird zwangsläufig hinter der der Produktion zurückbleiben. Zwar soll davon die Investitionstätigkeit stärker betroffen sein als der Konsum. Für den Fall eines weiteren ungeplanten Nachlassens des Wachstums wird man aber diese Strategie nicht durchhalten können.

Die notwendige und rasche Anpassung der wirtschaftspolitischen Ziele an den Strukturwandel trifft in Osteuropa auf ein systembedingtes Hindernis:

**Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern**  
Jährliche Veränderung in vH

Länder	1979	1980		1981	1970/65 <sup>1)</sup>	1975/70 <sup>1)</sup>	1980/75 <sup>1)</sup>		1985/80 <sup>1)</sup>
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist		Plan	Ist	Plan
<b>Produziertes Nationaleinkommen</b>									
Bulgarien	6,5	5,7	5,7	5,1	8,7	7,8	7,7	6,1	4,6-5,4
CSSR	3,1	3,7	3,0	2,8	6,9	5,5	4,9-5,2	3,7	2,6-3,0
DDR	3,6	4,8	4,2	5,0	5,2	5,4	4,9-5,4	3,9	3) 5,1-5,4
Polen	-2,3	1,4-1,8	-4,0	-3,3	6,0	9,8	7,0-7,3	1,7	0-0,5
Rumänien	6,2	8,8	2,5	7,0	7,7	11,3	10-11	7,2	6,7-7,4
Ungarn	1,8	3,0-3,5	-0,5	2,0-2,5	6,8	6,2	5,4-5,7	3,2	2,7-3,4
RGW(6) <sup>2)</sup>	2,3	4,3	1,1	3,7	6,5	7,8	6,7-7,0	3,9	3,3-3,8
UdSSR	2,5	4) 4,0	3) 2-3	4) 3,4	7,8	5,7	3) 5,4-5,7	4,1	3) 3,7-4,0
RGW(7) <sup>2)</sup>	2,5	4,1	1,7-2,5	3,5	7,4	6,3	5,8-6,1	4,0	3,6-3,9
<b>Bruttoproduktion der Industrie</b>									
Bulgarien	6,3	6,3	4,1	5,6	10,9	9,1	9,1	6,2	5,4-6,2
CSSR	3,7	4,0	3,2	2,7	6,7	6,7	5,7-6,0	4,5	3,5-3,8
DDR	4,5	4,7	4,7	5,0	6,6	6,5	6,0-6,3	5,1	5,5-5,9
Polen	2,1	5) 3,0-4,2	5) -1,3	±0,5	8,4	10,4	5) 8,2-8,5	4,4	.
Rumänien	8,0	11,4	6,5	7,0	11,9	12,9	10,7	9,5	8-9
UdSSR	3,4	4,5	3,6	4,1	8,5	7,4	6,2-6,8	4,5	4,7-5,1
Ungarn	3,0	3,5-4,0	-1,7	3,0-3,5	6,2	6,4	5,9-6,2	3,4	3,5-4,1
<b>Bruttoproduktion der Landwirtschaft</b>									
Bulgarien	6,1	3,7	-4,9	4,7	3,5	3,0	6) 4,0	0,8	6) 6,1-6,6
CSSR	-4,2	7,2	6,0	2,6	4,9	2,7	6) 3,2-3,4	1,8	6) 1,6
DDR	2,5	0,5	0	0,8	1,5	2,9	6) 3,8	3,9	.
Polen	-1,4	4,8	-9,6	7) 16,3	1,8	3,7	6) 4,1-4,7	-1,8	.
Rumänien	5,0	4,7-6,0	-5,0	7) 9,0	1,9	6,5	6) 9,6-12,9	4,0	6) 7,6-8,4
UdSSR	-3,8	8,8	-3,0	.	3,9	0,8	6) 4,7-5,6	1,2	6) 4,8-5,4
Ungarn	-1,1	5,0-5,5	3,7	3,0	2,8	4,7	6) 2,5-2,8	2,3	6) 2,3-3,2
<b>Arbeitsproduktivität in der Industrie<sup>8)</sup></b>									
Bulgarien	4,3	.	2,6	.	6,9	6,8	8,4	6,1	6,3-6,6
CSSR	2,9	2,8-3,7	2,5	.	5,3	6,0	4,8-5,1	3,0	3,2-3,5
DDR	4,1	4,5	5,1	5,0	5,7	5,4	5,4	4,7	5,1-5,4
Polen	2,7	4,4	3) -1,0	7) .	4,9	7,7	7,7	3,8	.
Rumänien	5,6	8,5	9) 4,2	7) 7,0	7,3	6,4	8,4-9,0	6,7	7) 7,0-7,5
UdSSR	2,4	3,8	2,6	3,6	5,7	6,0	5,4-6,0	3,2	6) 4,2-4,6
Ungarn	4,7	.	1,1	.	3,7	6,2	5,8-6,2	4,6	3) 3,8
<b>Brutto-Anlageinvestitionen</b>									
Bulgarien	-2,3	15,0	12,7	3,7	12,5	8,6	4,7	4,5	3,7
CSSR	1,8	2,4	1,6	0	7,3	8,0	5,5	3,4	.
DDR	0,4	0	1,0	.	9,9	4,7	5,7	3,8	0,9-1,1
Polen	-7,9	-2,4	-10,5	-14,4	8,1	18,4	6) 6,5-7,0	-2,2	.
Rumänien	4,1	4,9	3,1	4,4	11,2	11,5	12,9	8,5	6) 5,4-6,2
UdSSR	0,7	3,6	2,0	4,5	7,6	6,9	2,7	3,4	6) 2,1-3,0
Ungarn	0,7	4-5	-8,0	-3	11,7	7,0	4,7	1,9	6) 3,0

Mit der künstlichen, die tatsächlichen Knappheitsverhältnisse nicht widerspiegelnden Preis- und Kostenrechnung verstellen sich die zentralen Planungsinstanzen den Blick auf rationale Entscheidungskriterien für den Strukturwandel. Sieht man von Ungarn ab, so gibt es erst wenige Ansätze zur Anpassung der Preisstruktur an die veränderte Situation. Auch dies trägt dazu bei, daß die sozialistischen Planwirtschaften nicht mit den neuen Wachstumsbedingungen fertig werden.

**Engpaß Landwirtschaft**

Gemessen am jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Bruttoproduktion war das Gesamtergebnis der RGW-Landwirtschaft im abgelaufenen Planjahr fünf außer-

ordentlich schwach. Keines der beteiligten Länder erreichte die im Plan vorgegebenen Zuwachsraten. Außerdem blieb das Wachstum überall (Ausnahme UdSSR) unter dem des vorangegangenen Jahres bis 1975. Zu diesem insgesamt enttäuschenden Ergebnis hat die Entwicklung im letzten Jahr entscheidend beigetragen. 1980 konnten nur die DDR, die CSSR und Ungarn, also die ohnehin in der wirtschaftlichen Entwicklung und im Lebensstandard führenden Länder des RGW, mit ihrer Agrarproduktion einen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten, während alle anderen mehr oder weniger starke Verluste registrierten. Für Polen, das bereits 1979 einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion hinnehmen mußte, hat dieser erneute Fehlschlag besonders gravierende

Noch: Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern  
Jährliche Veränderung in vH

Länder	1979	1980		1981	1970/65 <sup>1)</sup>	1975/70 <sup>1)</sup>	1980/75 <sup>1)</sup>		1985/80 <sup>1)</sup>
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist		Plan	Ist	Plan
Einzelhandelsumsatz <sup>10)</sup>									
Bulgarien	2,3	4,6	3) 5,4	4,8	8,7	7,7	6,8	4,3	3,7-4,0
CSSR	-0,1	3,4	2,5	2,3	9,3	5,4	4,4	3,7	.
DDR	3,5	11) 4,0	4,3	4,0	4,8	5,4	4,0	4,1	3,7-4,1
Polen	2,7	5,2	-1,9	.	6,3	10,3	10,0	2,9	.
Rumänien	5,8	9,3	6,4	6,0	8,3	8,1	7,9	8,0	5,4-6,2
UdSSR	4,1	5,1	5,3	3) 4,9	8,4	6,3	4,9-5,2	4,5	3) 4,1-4,6
Ungarn	1,7	.	0,1	0,5	8,9	6,2	4,8	2,6	1,5
Durchschnittliche Löhne und Gehälter <sup>12)</sup>									
Bulgarien	5,1	.	9,7	.	6,1	3,3	3,1	4,4	2,7
CSSR	2,5	2,8	2,4	1,7	5,3	3,5	2,7	2,8	.
DDR	3,0	.	3,1	.	3,6	3,3	.	3,1	.
Polen 7)	8,8	6,9	12,8	.	3,7	9,8	.	8,7	.
Rumänien 7)	4,8	7,5	6,2	.	4,6	4,3	.	7,0	4,6
UdSSR 7)	2,1	2,1	3,2	1,8	4,8	3,6	3,0-3,4	2,8	2,5-3,0
Ungarn	7,6	4,5	6,3	4,5-5,0	4,5	6,2	.	6,9	.
Ausfuhr <sup>13)</sup>									
Bulgarien	15,3	14) 7,5	16,3	14) 8,3	11,3	14,1	14) 9,9	14,5	14) 7,0
CSSR	10,3	.	14,3	.	7,1	11,3	14) 6,5	11,4	14) 15) 4,6
DDR	13,5	14) 12,0	9,0	14) 16,0	8,3	12,7	14) 7,3	10,2	14) 6,3
Polen	12,3	14) 11,0	3,4	.	9,4	19,3	6) 14) 11,8	8,7	.
Rumänien	18,0	14) 14,8	24,6	21	10,0	19,1	14) 14,4	15,3	7
UdSSR	18,9	14) 4,7	17,0	.	9,4	15,9	14) 6,0	15,6	14) 16) 7,0
Ungarn	17,2	8,0	-0,4	9-10	8,9	13,9	14) 8,1	7,2	6,5-6,8
Einfuhr <sup>13)</sup>									
Bulgarien	8,3	14) 7,5	11,7	14) 8,3	9,2	19,6	14) 9,9	9,5	14) 7,0
CSSR	11,3	.	7,6	.	6,7	13,7	14) 6,5	10,0	14) 15) 4,6
DDR	11,3	14) 12,0	11,6	14) 16,0	11,5	14,0	14) 7,3	9,9	14) 6,3
Polen	6,6	14) 6,0	6,1	.	9,0	23,7	6) 14) 4,6	6,7	.
Rumänien	20,1	14) 14,8	21,3	0	12,7	17,7	14) 14,4	17,4	14) 16) 1
UdSSR	9,6	14) 4,7	17,4	3) .	7,8	20,4	14) 6,0	10,8	14) 16) 7,0
Ungarn	2,6	2,0	-2,9	3) 1	10,5	15,9	14) 8,1	4,8	3,3-3,5

Anmerkung: Angaben für 1980 vorläufig.

1) Im Jahresdurchschnitt. -2) Gewichte in vH des insgesamt produzierten Nationaleinkommens: Bulgarien 2,1; CSSR 5,1; DDR 6,7; Polen 8,3; Rumänien 4,8; Ungarn 2,3; RGW(6) 29,3; UdSSR 70,7; vergleiche: Economic Survey of Europe 1977. -3) Geschätzt. -4) Verwendetes Nationaleinkommen. -5) Umsatz. -6) Aus Plandaten errechnet. -7) Netto. -8) Umsatz je Beschäftigten. -9) Landesindustrie. -10) Errechnet nach dem sogenannten Index des physischen Volumens. -11) Warenlieferungen für den Binnenmarkt und zu jeweiligen Preisen. -12) Staatlicher Sektor, nominal. -13) Zu laufenden Preisen und jeweiligen Wechselkursen, fob-Werte; Ungarns Einfuhr cif. -14) Einfuhr und Ausfuhr. -15) Sozialistische Länder. -16) Reale Zunahme im Handel mit RGW-Ländern.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW, div. Jahrgänge. - Statistische Jahrbücher bzw. Monatshefte sowie Pläne und Planerfüllungsberichte der RGW-Länder.

Folgen für die Versorgung der Bevölkerung und die ohnehin angespannte Zahlungsbilanzsituation.

Im Zentrum der Bemühungen um eine Steigerung und Stabilisierung der Erträge auf höherem Niveau steht neuerdings wieder verstärkt der Pflanzenbau, insbesondere die Produktion von Getreide, Hackfrüchten und Futterpflanzen. Das ist die Folge der in den letzten Jahren eingetretenen Strukturverlagerungen zugunsten der Viehzucht. Um den wachsenden Bedarf an tierischen Produkten besser befriedigen zu können, hatten die RGW-Länder in den siebziger Jahren ihre Viehbestände teilweise beträchtlich vergrößert, die Futterbasis aber nicht im gleichen Ausmaß erweitert. In mäßigen und noch mehr in schlechten Erntejahren sind sie regelmäßig zu — oft umfangreichen — Futtermittelimporten ge-

zwungen, um den einmal erreichten Viehbestand wenigstens erhalten zu können.

Ungarn ist das einzige Land, in dem die pflanzliche Produktion in den letzten fünf Jahren schneller wuchs als die Agrarproduktion insgesamt. Zudem hat die ungarische Landwirtschaft einen Produktionsstand erreicht, bei dem auch gelegentliche Rückschläge verkraftet werden können. Bei der Pro-Kopf-Produktion von Getreide liegt Ungarn mit fast 1 200 kg an der Spitze der RGW-Länder.

Für die kommende Fünfjahrperiode haben sich die RGW-Agrarplaner Ziele gesetzt, die angesichts der reduzierten Ausgangsbasis insgesamt als realistisch angesehen werden können; die Zuwachsraten liegen meist knapp über oder unter dem Planziel der vorangegangenen Fünfjahresperiode.

**Produktion ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse**  
in Mill. t

	1971 - 1975 <sup>1)</sup>	1976 - 1980 <sup>1)</sup>	1978	1979	1980 <sup>2)</sup>
Getreide <sup>3)</sup>					
Bulgarien	7,5	8,0	7,6	8,4	7,7
CSSR	9,4	10,2	11,1	9,3	10,7
DDR	8,8	9,1	9,9	9,0	9,6
Polen	21,2	19,8	21,8	17,6	18,9
Rumänien	15,0	19,5	19,1	19,4	20,2
Ungarn	11,5	12,5	13,5	12,2	12,9
RGW(6)	74,4	79,1	83,0	75,9	80,0
UdSSR	181,6	205,1	237,4	179,2	189,2
RGW(7)	256,0	284,2	320,4	255,1	269,2
Kartoffeln					
Bulgarien	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
CSSR	4,6	3,7	4,0	3,7	2,7
DDR	10,8	9,9	10,8	12,2	9,3
Polen	47,1	42,8	46,6	49,6	26,4
Rumänien	3,4	4,4	4,5	4,6	4,1
Ungarn	1,6	1,6	1,9	1,4	1,4
RGW(6)	67,8	62,8	68,2	71,9	44,2
UdSSR	89,9	82,6	86,1	91,0	66,9
RGW(7)	157,7	145,4	154,3	162,9	111,1
Fleisch <sup>4)</sup>					
Bulgarien	0,5	0,7	0,7	0,8	0,7
CSSR	1,3	1,4	1,4	1,8	1,5
DDR	1,5	1,8	1,8	1,8	1,8
Polen	2,7	3,1	3,1	3,3	3,2
Rumänien	1,2	1,6	1,6	1,8	1,5
Ungarn	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3
RGW(6)	8,3	9,9	9,9	10,5	10,0
UdSSR	14,0	14,8	15,5	15,5	14,7
RGW(7)	22,3	24,7	25,4	25,8	24,7

1) Im Jahresdurchschnitt. - 2) Vorläufige Angaben. - 3) Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais und Hülsenfrüchte. - 4) Einschließlich Fett (Schlachtgewicht).

Quellen: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW, verschiedene Jahrgänge und Planerfüllungsberichte der RGW-Länder.

Die Sowjetunion hat die Landwirtschaft mit den vor- und nachgeordneten Bereichen. Ähnliche Vorhaben gibt es in anderen Ländern. Polen, das die „katastrophale Lage“ seiner Landwirtschaft ausdrücklich beklagt, will die Investitionen zugunsten der Landwirtschaft auf mehr als ein Drittel der – allerdings reduzierten – Gesamtinvestitionen erhöhen und eine grundsätzliche Reorganisation der Volkswirtschaft zugunsten der Landwirtschaft herbeiführen. Eine Erhöhung der Erzeugerpreise ist in mehreren Ländern vorgesehen (Polen, Ungarn, Bulgarien). In Rumänien sprach Ceausescu sogar von einer „neuen landwirtschaftlichen Revolution“, durch die nicht nur die Erträge gesteigert werden sollen, sondern auch ein besseres Verhältnis von Kosten und Nutzen erreicht werden soll.

Mittelfristig haben die einzelnen RGW-Länder durchaus unterschiedliche agrarpolitische Ziele: Während die UdSSR, die DDR, die CSSR und Polen vor allem bestrebt sind, einen möglichst hohen Grad der Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu sichern, wollen Ungarn, Bulgarien und Rumänien ihr landwirtschaftliches Exportvolumen vergrößern.

**Rückgang der Investitionsquote**

Anders als in den beiden vorangegangenen mittelfristigen Planperioden ist die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote in den Jahren 1976 bis 1980 – Rumänien allerdings ausgenommen – gesunken, mußte das Tempo der Sachkapitalbildung zugunsten des privaten und öffentlichen Konsums reduziert werden (Bruttoanlageinvestitionen in vH des produzierten Nationaleinkommens)\*:

	1965	1970	1975	1980	1985 (Plan)
Bulgarien	31,5	37,5	38,5	35,5	33,5
CSSR	29	29,5	33	32,5	31,5
DDR	25	31	30	30	24,5
Polen	25,5	28	41	33,5	25,5
Rumänien	34	39,5	40	42,5	40
UdSSR	28,5	28,5	30	29	27,5
Ungarn	28,5	35,5	37	34,5	35

In der Struktur der Anlageinvestitionen gab es in den vergangenen fünf Jahren – Informationen liegen allerdings nur für 1976 bis 1979 vor – von Land zu Land unterschiedliche Veränderungen: In allen Ländern – Polen ausgenommen – hatte der mate-

\* Diese Quoten sind grundsätzlich überhöht, weil die Anlageinvestitionen eine Bruttogröße und das Nationaleinkommen eine Nettogröße sind. Allein in Polen wird auch das Bruttonationaleinkommen veröffentlicht; dort betrug die – korrekt ermittelte – Investitionsquote 1975 rund 35 vH und 1979 rund 31 vH. In diesem Bericht kann dieser methodische Fehler vernachlässigt werden, weil nicht die absolute Höhe dieser Quoten im internationalen Maßstab verglichen, sondern ihre zeitliche Entwicklung in den einzelnen Ländern untersucht wird.

Lediglich die Sowjetunion erwartet eine beschleunigte Zunahme der landwirtschaftlichen Erzeugung, wobei sie offenbar von optimalen Wetterbedingungen ausgeht. Um das Ziel von 1985 zu erreichen, müßte sie fünf aufeinanderfolgende Rekordernten einbringen, was nach allen bisherigen Erfahrungen wenig wahrscheinlich ist.

Die Wege, mit denen die Sowjetunion ihre hochgesteckten Ziele in der Landwirtschaft erreichen will, sind neben der Beibehaltung der hohen Investitionsrate (27 vH der Gesamtinvestitionen) u. a. eine Heraufsetzung der Aufkaufpreise, um die Kolchosen und Sovchosen zu höheren Leistungen zu stimulieren, und die Schaffung eines „agrar-industriellen Komplexes“ zwecks besserer Koordinie-

rielle Produktionsbereich leichte Anteilsgewinne zu verzeichnen; sein Anteil schwankte zwischen 75 und 85 vH. Der Industrie wurden dabei überall — Polen erneut ausgenommen — mehr Mittel zugewiesen (Anteil: 35 bis 53 vH); in Rumänien erhöhte sich ihr Anteil um sechs Punkte auf über 51 vH. Die Landwirtschaft konnte allenthalben ihren Anteil halten. In Polen ist er um 2 Punkte auf 17,5 vH gestiegen; am stärksten wurde die Landwirtschaft in der UdSSR — mit einem Fünftel aller Investitionen — gefördert. Im „nicht-materiellen Bereich“ lag der Wohnungsbau an der Spitze (Anteil: rund 10 vH), am stärksten wurde er zuletzt in Polen gefördert, wo sich sein Anteil um 5 Punkte auf 19 vH erhöhte.

In allen RGW-Ländern werden die — altbekannten — Fehler der staatlichen Investitionspolitik erneut mit Nachdruck kritisiert: die Zunahme der unvollendeten Investitionsbauten, die Zersplitterung der knapper werdenden Mittel auf zu viele Einzelprojekte und die überplanmäßig langen Bauzeiten.

Die Beseitigung dieser Fehler ist ein Schwerpunkt der Investitionspolitik der RGW-Länder in der Periode 1981 bis 1985. Angesichts der weiteren Drosselung des Investitionswachstums<sup>7</sup> soll überall die Zahl der industriellen Neubauten eingeschränkt und ein größerer Anteil der Mittel auf die Vollen- dung begonnener Projekte konzentriert werden. Schwerpunktmäßig sollen sich die der Industrie bereitgestellten Mittel auf Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen beschränken. Priorität genießen in allen Ländern: die Energie- und Rohstoffwirtschaft, die Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie sowie der Wohnungsbau — Bereiche also, in denen die Rücklaufzeiten der investierten Summen in der Regel sehr lang oder keine direkten Beiträge zur Produktionsausweitung zu erwarten sind.

### Stagnierender Lebensstandard

Einkommen und privater Verbrauch werden in den Plänen und Planerfüllungsberichten der RGW-Länder durch die nominalen Löhne und Gehälter im staatlichen Sektor, der wichtigsten Einkommensquelle, und durch den Umsatz des Einzelhandels dokumentiert, auf den rund vier Fünftel des Verbrauchs entfallen.

Im langfristigen RGW-Vergleich des nominalen Lohnwachstums zeigt sich für die letzten drei Fünfjahresperioden eine immer größer werdende Differenzierung der Wachstumsraten zwischen den Ländern. Die Ursachen der zunehmenden Divergenz liegen in der unterschiedlichen Preispolitik der Regierungen. Zwar halten alle noch insoweit an dem Prinzip der Verbraucherpreisstabilität fest, als sie die Preise für Güter des Grundbedarfs der Bevölkerung nicht verändern. Es wächst aber in fast allen

Ländern die Zahl der Waren, deren Preise steigen, und zwar handelt es sich dabei vorwiegend um hochwertige Industriewaren und um Nahrungsmittel meist tierischen Ursprungs. Auch diese Güter werden zwar immer noch aus Haushaltsmitteln hoch subventioniert, aber die gerade in den letzten Jahren eingetretene starke Kostensteigerung wird nun zu einem Teil an die Verbraucher weitergegeben. Das Ausmaß der Verteuerung und der Grad der Überwälzung sind unterschiedlich, dementsprechend variieren die Inflationsraten der Lebenshaltung ebenso wie die Zuwachsraten der Löhne und Gehälter, die allerdings nur in Annäherungswerten die Preissteigerungen berücksichtigen.

	Preisindex der Lebenshaltung	Zunahme der nominalen Löhne und Gehälter
	Veränderung 1980 gegenüber 1979	
Polen	10,0	12,8
Ungarn	9,8	6,3
Bulgarien	5-10	9,7
Rumänien	4,0	6,2
CSSR	3,3	2,4
DDR	—	3,1
UdSSR	—	3,2

In Ungarn und der CSSR liegt der Zuwachs des Preisindex über der Lohnzuwachsrate. In beiden Ländern ist versucht worden, diese Differenz durch Ausgleichszahlungen bei unteren Einkommensklassen einzuebnen.

Die Sowjetunion und die DDR veröffentlichen keinen Lebenshaltungskostenindex, aber mindestens für die DDR ist eine gewisse Preissteigerung anzunehmen, da die Politik der stabilen Verbraucherpreise offiziell nur noch etwa 80 vH der Konsumgüter betrifft, die Preisbildung für die restlichen 20 vH aber in gewissen Grenzen freigegeben ist.

Unabhängig von der Lohn- und Preisentwicklung bleibt das Dauerproblem der RGW-Wirtschaften, nämlich das quantitativ und qualitativ unzulängliche Angebot an Konsumgütern aller Art. Mit diesem Problem ist vor allem Polen jetzt konfrontiert. Seit Anfang des Jahres 1981 muß Polen wegen des akuten Warenmangels verschiedene Nahrungsmittel rationieren. 1981 wird der reale private Verbrauch vermutlich um 6 vH unter dem des Vorjahres liegen.

Wichtigstes Ziel der Verbrauchspolitik Polens in der nahen Zukunft wird es sein, den Lebensstandard der ärmsten Schichten der Bevölkerung nicht unter das Existenzminimum sinken zu lassen. Mangel an Nahrungsmitteln, vor allem an Fleisch, Milch und Gemüse, wird in letzter Zeit verstärkt auch aus Rumänien und der Sowjetunion gemeldet.

<sup>7</sup> Die geplante leichte Zunahme der ungarischen Investitionsquote geht auf einen Basiseffekt zurück, weil die Investitionen 1980 um 8 vH gegenüber dem Vorjahr sanken.

Entwicklung und Regionalstruktur des Außenhandels der RGW-Länder

		Insgesamt	Sozialistische <sup>1)</sup> Länder	OECD-Länder <sup>2)</sup>	Entwicklungs- <sup>3)</sup> Länder	Insgesamt	Sozialistische <sup>1)</sup> Länder	OECD-Länder <sup>2)</sup>	Entwicklungs- <sup>3)</sup> Länder
		Mrd. TRbl <sup>4)</sup>	Anteile in vH			Mrd. TRbl <sup>4)</sup>	Anteile in vH		
Ausfuhr					Einfuhr				
Bulgarien	1970	1,81	79,3	14,2	6,5	1,65	76,2	19,1	4,7
	1975	3,49	80,1	10,1	9,8	4,03	72,3	23,8	3,9
	1980	6,86	70,5	20,3	9,2	6,33	79,0	17,0	4,0
CSSR	1970	3,41	70,6	20,6	8,8	3,33	69,4	24,8	5,8
	1975	5,83	71,5	20,0	8,5	6,32	70,1	24,8	5,1
	1980	10,03	69,6	21,8	8,6	10,19	70,2	24,4	5,4
DDR	1970	4,12	73,9	21,9	4,2	4,36	69,4	26,7	3,9
	1975	7,52	73,2	22,4	4,4	8,41	66,6	29,1	4,3
	1980	12,23	68,7	24,2	7,1	13,48	64,4	29,8	5,9
Polen	1970	3,19	63,8	28,5	7,7	3,25	68,6	25,9	5,5
	1975	7,69	59,9	31,5	8,6	9,37	45,8	49,5	4,7
	1980	11,68	55,7	34,4	9,9	12,97	55,5	35,0	9,5
Rumänien	1970	1,67	58,1	32,2	9,7	1,76	54,0	39,6	6,4
	1975	3,98	46,0	35,0	19,0	3,98	43,6	42,2	14,2
	1980	8,20	41,0	39,0	20,0	8,85	39,0	35,0	26,0
Ungarn	1970	2,09	65,6	28,5	5,9	2,26	64,6	29,6	5,8
	1975	4,27	71,7	22,3	6,0	4,97	64,4	28,4	7,2
	1980	7,93	67,7	22,2	10,1	8,25	64,0	28,5	7,6
RGW(6)	1970	16,28	69,2	24,0	6,8	16,60	67,6	27,2	5,2
	1975	32,78	67,0	24,3	8,7	37,08	59,8	34,2	6,0
	1980	56,93	62,3	27,3	10,4	60,07	61,2	29,2	9,6
UdSSR	1970	11,52	65,4	19,2	15,4	10,57	65,1	24,3	10,6
	1975	24,03	60,7	25,7	13,6	26,67	52,4	36,6	11,0
	1980	49,66	54,2	32,6	13,2	44,47	53,2	35,6	11,2
RGW(7)	1970	27,80	67,6	22,0	10,4	27,18	66,6	26,1	7,3
	1975	56,81	64,3	24,9	10,8	63,75	56,7	35,2	8,1
	1980	106,59	58,5	29,7	11,8	104,54	57,8	31,9	10,3

1) Albanien, Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn, Vietnam und VR China.-2) Für die DDR, sog. Kapitalistische Industrieländer.-3) Restposten.-4) 1 Transferrubel entsprach 1,11 US-\$ (1970), 1,39 US-\$ (1975) und 1,53 US-\$ (1980).

Quellen: Außenhandelsstatistiken und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder. Angaben für 1980 vorläufig bzw. Schätzungen.

Ungarn, das Land im RGW mit dem reichhaltigsten Angebot an landwirtschaftlichen und industriellen Konsumgütern, plant für die kommenden Jahre Konstanz des realen privaten Verbrauchs. Die DDR, die UdSSR und Bulgarien haben für den Zeitraum 1981 bis 1985 ein jahresdurchschnittliches Wachstum des Einzelhandelsumsatzes vorgesehen, das um 4 vH, in Rumänien sogar zwischen 5 und 6 vH pendelt. Darin sind mit Sicherheit erhebliche Preiseffekte enthalten; die reale Zunahme dürfte weit darunter liegen.

**Außenhandel: Verzögerte Anpassung  
engt Wachstumsspielraum ein**

Die weltwirtschaftlichen Veränderungen haben für die RGW-Staaten im vergangenen Planjahr fünf ganz unterschiedliche Auswirkungen gehabt. Für die UdSSR gab es wachstumsfördernde Effekte. Der hohe Anteil von Energierohstoffen an ihren Exporten erbrachte im Zeitraum 1976 bis 1979 eine Verbesserung der Terms of Trade um 25 vH. Es überrascht daher nicht, daß insgesamt gesehen die sowjetische Außenwirtschaftspolitik nicht durch Zahlungsbilanzprobleme bestimmt wurde.

Ganz anders ist die Situation in den kleineren osteuropäischen Staaten. Von Beginn der abgelaufenen Fünfjahrplanperiode an waren sie mit zwei außenwirtschaftlichen Problemen konfrontiert: Ihre Terms of Trade verschlechterten sich infolge der weltweiten Rohstoffverteuerung, und die Handelsbilanzen wiesen — insbesondere gegenüber dem Westen — z. T. hohe Importüberschüsse auf. Sie mußten durch Kredite gedeckt werden. Das Beispiel Polen zeigt, daß die Zunahme der Westverschuldung allerdings nicht allein mit der überdurchschnittlichen Verteuerung der Importe erklärt werden kann, denn hiervon war Polen kaum betroffen:

	Terms of Trade in vH	
	1975 gegenüber 1973	1979 gegenüber 1975
Bulgarien	86	83
CSSR	94	91
DDR	92	—
Polen	99	99
Rumänien	—	—
Ungarn	86	96
UdSSR	93	125

Zunächst unterließen es die osteuropäischen Staaten, ihre Außenhandelspolitik den verschlechterten Rahmenbedingungen anzupassen. Der notwendige Realtransfer wurde in die Zukunft verschoben, d. h. der Zahlungsbilanzausgleich wurde nicht durch zusätzliche Warenlieferungen in das Ausland, sondern durch weitere Kreditaufnahmen hergestellt. Somit konnten im Inland stets mehr Güter verbraucht werden, als produziert wurden. Durch Orientierung an kurzfristigen Wachstumszielen wurden die Kosten zur Herstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts aber vergrößert, der Anpassungsprozeß verlängert. Bestärkt wurden die Länder allerdings in ihrer Politik dadurch, daß sich im Zeitraum 1976 bis 1979 ihre Importe in realer Rechnung nur geringfügig verteuerten. Erst der zweite Ölpreisschock (1979/80) dürfte sie endgültig zu einer Revision der Außenhandelspolitik, d. h. zu einer zahlungsbilanzorientierten Wirtschaftspolitik veranlaßt haben.

Für das Jahr 1980 gilt dies jedoch noch nicht uneingeschränkt. So mußten die DDR und Polen eine weitere Verschlechterung ihrer Handelsbilanz – die Defizite erhöhten sich auf jeweils 1,3 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl) – hinnehmen. Überschüsse erwirtschafteten – wie bereits im Jahr zuvor – lediglich die UdSSR (5,2 Mrd. TRbl) und Bulgarien (0,5 Mrd. TRbl). Auffallend ist indes, daß sich die Deckungsquote (Exporte in vH der Einfuhr) der osteuropäischen Länder seit 1979 deutlich verbessert hat. Betrug sie von 1976 bis 1978 stets 88 vH, so waren es in den beiden folgenden Jahren 94 vH.

**Defizit (–) bzw. Überschuß (+) der RGW-Länder im Handel mit der UdSSR**

Partnerländer	1971	1976	1978	1979	1980
	- 1975	- 1980	In Mill. TRbl. <sup>1)</sup>		
Bulgarien	+ 115	- 759	- 147	- 139	- 221
CSSR	+ 35	- 576	+ 57	- 180	- 112
DDR	+ 278	- 2151	- 271	- 300	- 546
Polen	+ 101	- 1369	+ 150	- 120	- 810
Rumänien	+ 441	+ 167	+ 8	- 10	+ 91
Ungarn	+ 54	- 675	+ 34	- 327	- 225
RGW(6)	+ 1024	- 5363	- 169	- 1076	- 1823

<sup>1)</sup> 1 TRbl entsprach 1,11 US-\$ (1971), 1,22 US-\$ (1972), 1,35 US-\$ (1973), 1,32 US-\$ (1974), 1,39 US-\$ (1975), 1,33 US-\$ (1976), 1,36 US-\$ (1977), 1,47 US-\$ (1978) und 1,53 US-\$ (1979 und 1980).  
 Quellen: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR; Außenhandel (UdSSR), Nr. 3/1981, Beilage.

Die aus einer Verschiebung der Anpassungslasten erwachsenen Probleme zeigen sich deutlich am Handel der kleineren RGW-Länder mit der UdSSR. Obwohl die Energieversorgung der kleineren RGW-Staaten mit rd. 25 vH längst nicht so importabhängig wie die westlicher Länder ist und obwohl die Ver-

rechnungspreise der UdSSR, die rund 80 vH des Energieimportbedarfs der osteuropäischen Staaten deckt, zum Teil um 40 bis 50 vH unter den Weltmarktpreisen liegen, hat die UdSSR den osteuropäischen Ländern keine Warenfinanzierung der Rohstoffverteuerung abverlangt, sondern Kredite gewährt: 1980 erreichte das Handelsbilanzdefizit gegenüber der UdSSR mit 1,8 Mrd. TRbl einen neuen Höchstwert. Künftig dürfte die UdSSR – sieht man von Polen ab – in diesem Umfang nicht mehr zu einer weiteren Kreditierung ihrer Lieferungen bereit sein. Sie wird auch die Energielieferungen an die kleineren RGW-Staaten in den kommenden fünf Jahren nicht mehr nennenswert erhöhen. Damit verschlechtern sich die Wachstumschancen dieser Länder. Durch die Stagnation der Energielieferungen wird das Produktionswachstum zusätzlich eingengt; die erforderlichen Exportsteigerungen reduzieren den Spielraum für Investitionen und Konsum. Diese Entwicklung vollzieht sich in einer Phase, die ohnehin durch ein Nachlassen des Wirtschaftswachstums gekennzeichnet ist.

Den Handel mit Entwicklungsländern weiteten die RGW-Staaten auch 1980 überdurchschnittlich aus. So konnte bei den Ausfuhren vor allem Ungarn Erfolge verbuchen; fast die Hälfte des Exportzuwachses im Handel mit nichtsozialistischen Ländern entfiel auf Lieferungen in den Iran. Der Anteil der Dritten Welt von rd. 11 vH am Außenhandel (Ausfuhr zuzüglich Einfuhr) aller RGW-Staaten ist aber gering. Eine Ausnahme bildet lediglich Rumänien, das primär aus politischen Gründen in den siebziger Jahren auf Rohstoffimporte aus der UdSSR verzichtete. Statt dessen wurde der Handel mit Entwicklungsländern stark ausgeweitet. 1980 stammten 25 vH aller Importe aus dieser Region. Da jedoch seit 1974 die Verrechnungspreise im RGW deutlich unter den Weltmarktpreisen liegen, bemüht sich Rumänien jetzt verstärkt um sowjetische Lieferungen. Die Erfolge sind gering, so werden 1981 von den vorgesehenen Rohölimporten in Höhe von 12,5 Mill. t nur etwa 1,5 Mill. t aus der UdSSR kommen. Weder Rumänien noch die übrigen osteuropäischen Staaten werden – allein wegen der finanziellen Belastungen – ihre Rohstoffeinfuhren aus Entwicklungsländern künftig wesentlich ausdehnen können.

Die UdSSR erzielt gegenüber Entwicklungsländern (einschließlich eines Restpostens) stets beträchtliche Lieferüberschüsse (1979: 50 vH, 1980: 30 vH ihrer Importe). Hierbei dürfte es sich teilweise um Einnahmen in konvertierbarer Währung handeln, die die UdSSR für Importe in westlichen Ländern einsetzt. Allerdings sind gerade 1980 die Bezüge aus Entwicklungsländern überdurchschnittlich ausgeweitet worden. Rund die Hälfte des Zuwachses entfällt auf die Importe aus Argentinien (Getreide!).

**Defizit der RGW-Länder im Handel mit den westlichen Industrieländern<sup>1)</sup>**

Partnerländer	1971	1976	1978	1979	1980
	- 1975	- 1980			
In Mrd. US-\$ <sup>2)</sup>					
Bulgarien	1,4	0,9	0,4	0,1	- 0,4
CSSR	1,5	3,4	0,8	0,8	0,5
DDR <sup>3)</sup>	3,6	7,4	1,2	2,1	1,4
Polen	7,0	10,3	2,1	1,6	0,8
Rumänien	1,3	1,4	0,8	0,2	0,0
Ungarn	1,6	4,0	1,2	0,7	0,9
RGW(6)	16,5	27,4	6,5	5,5	3,2
UdSSR	7,1	10,8	3,6	0,9	- 0,5
RGW(7)	23,5	38,2	10,1	6,4	2,7

1) OECD-Länder; für die DDR sogenannte Kapitalistische Industrieländer. -2) 1 US-\$ entsprach 0,900 TRb1 (1971), 0,829 TRb1 (1972), 0,744 TRb1 (1973), 0,757 TRb1 (1974), 0,722 TRb1 (1975), 0,754 TRb1 (1976), 0,737 TRb1 (1977), 0,681 TRb1 (1978), 0,655 TRb1 (1979) und 0,653 TRb1 (1980). -3) Einschl. innerdeutscher Handel.

Quellen: Außenhandelsstatistiken und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder. Angaben für 1980 vorläufig bzw. Schätzungen.

Gegenüber den westlichen Industrieländern konnten die RGW-Länder auch 1980 ihr Handelsdefizit vermindern. Mit knapp 3 Mrd. US-Dollar ergab sich das mit Abstand niedrigste Defizit im Planjahrfünft 1976 bis 1980 (Jahresdurchschnitt: 7,5 Mrd. US-Dollar); 95 vH der Importe konnten aus Exporterlösen finanziert werden (1979: 86 vH). Bulgarien und die UdSSR erzielten sogar erstmals in diesem Zeitraum einen Überschuß. Lediglich Ungarns Defizit gegenüber westlichen Industriestaaten erhöhte sich 1980 wieder geringfügig. Insgesamt hat sich aber das Tempo der Neuverschuldung in den letzten Jahren deutlich vermindert. Dennoch dürften die Zinszahlungen der kleineren RGW-Staaten bereits mehr als ein Fünftel der Erlöse aus dem Warenexport aufzehren (Polen: rund ein Drittel, CSSR: ein Zehntel).

Angesichts dieser Belastungen kann die Konsolidierung der Zahlungsbilanz noch keineswegs als abgeschlossen gelten. In den Fünfjahrplanungen der RGW-Staaten wird daher nahezu übereinstimmend

**Westverschuldung (netto) in Mrd. US-Dollar**

(Stand: zum Jahresende)

	1975	1979
Bulgarien	2,3	3,7
CSSR	0,8	3,5
DDR	3,5	8,4
Polen	7,4	20,0
Rumänien	2,5	6,7
Ungarn	2,2	7,3
UdSSR	7,5	10,2

Quelle: National Foreign Assessment Center: Estimating Soviet and East European hard currency debt. Washington D.C., 1980.

die überdurchschnittliche Ausweitung des Exports und eine moderate Importentwicklung gefordert. Dies dürfte sicher in erster Linie für den Westhandel gelten. Die gescheiterte Politik Polens, die Industrie durch kreditfinanzierte Westimporte zu modernisieren und deren Produktion zur Rückzahlung der Kredite einzusetzen, dürfte sowohl die Verschuldungsbereitschaft der übrigen RGW-Staaten als auch die Kreditbereitschaft der westlichen Banken vermindert haben. Hinzu treten weitere Einflüsse, die mittelfristig nur eine abgeschwächte Expansion des Ost-West-Handels erwarten lassen: Das Wirtschaftswachstum der RGW-Staaten wird im Vergleich zu den siebziger Jahren weiter zurückgehen, wobei die zukünftige Entwicklung in Polen gegenwärtig überhaupt nicht eingeschätzt werden kann. Darüber hinaus werden die kleineren RGW-Staaten zusätzliche Exportkapazitäten für den Abbau ihrer Schulden gegenüber der UdSSR einsetzen müssen. Da von politischer Seite Impulse für eine Förderung des Osthandels nicht zu erwarten sind, sondern eher das Gegenteil befürchtet werden muß, könnten sich angesichts der Wachstums- und Strukturprobleme der westlichen Länder protektionistische Tendenzen zu Lasten der RGW-Länder durchsetzen.

Somit müßte es schon als ein Erfolg gewertet werden, wenn der Ost-Handel in den kommenden Jahren seinen Anteil am Gesamthandel der OECD-Länder (1980: 3,5 vH) aufrechterhält.

## Direktinvestitionen in Entwicklungsländern Kein Ersatz für Entwicklungshilfe

*In der Erfolgsmeldung über die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern weist die Bundesregierung für 1980 ein Rekordergebnis vor. Die gesamten Nettoleistungen – darunter werden öffentliche Leistungen und Leistungen der Wirtschaft verstanden – betragen 18,7 Mrd. DM. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 5,4 Mrd. DM oder 40 vH. Das Ziel der Vereinten Nationen, die Kapitaltransfers auf mindestens 1 vH des Bruttosozialprodukts zu bringen, wurde um ein Viertel überboten. In dem Ergebnis von 1980 zeichnen sich allerdings die aktuellen Probleme der Entwicklungsländer im Gefolge der Ölpreissteigerungen und der weltweiten Konjunkturschwäche ab. So kommt im Zuwachs der deutschen Leistungen vor allem eine zusätzliche Kreditvergabe zu kommerziellen Bedingungen zum Ausdruck. Die Entwicklungshilfe im eigentlichen Sinn – Leistungen zu Vorzugsbedingungen – ist 1980 nominal nur um 3,9 vH gesteigert worden; real war sie damit sogar rückläufig.*

**Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland  
mit den Entwicklungsländern**  
Nettoleistungen

	1979	1980	Zunahme 1980 in vH
	in Mill. DM		
Öffentliche Zusammenarbeit	6 141	6 379	3,9
Sonstige öffentliche Leistungen <sup>1)</sup>	205	1 144	459,1
Private Entwicklungshilfe <sup>2)</sup>	714	670	-6,1
Leistungen der Wirtschaft	6 301	10 556	67,5
darunter			
Direktinvestitionen <sup>3)</sup>	1 499	2 867	91,3
Garantierte Exportkredite	1 645	2 552	55,2
Sonstige bilaterale Kapitalleistungen	1 456	2 705	85,8
Gesamte Leistungen	13 360	18 749	40,3

1 Im wesentlichen Kredite, die nicht zu Vorzugsbedingungen gewährt werden.- 2) Zuwendungen nicht-staatlicher Einrichtungen z.B. Kirchen, Stiftungen).- 3) Einschl. reinvestierter Gewinne.

Quelle. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Eine weltweit rückläufige Konjunktur und vor allem die stark gestiegenen Energiekosten drängten die meisten Entwicklungsländer in Leistungsbilanzdefizite, die durch Kreditaufnahme finanziert werden mußten. Auch die deutschen Banken haben diesen Recyclingprozeß – wie nach der ersten Ölpreiskrise – mitgetragen. Dies spiegelte sich 1980 in einer sprunghaften Steigerung der deutschen Nettoleistungen im bilateralen Kapitalverkehr (+ 76 vH) wider, insbesondere bei den Bankkrediten (+ 86 vH). Auch die Erhöhung der staatlichen Kredite ohne Vorzugskonditionen („sonstige öffentliche Leistungen“) auf mehr als das Fünffache des Standes von 1979 und die gestiegene Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten haben dieselbe Ursache.

Die Ausweitung einer solchen rein monetären „Verflechtung“ kommt in der gegenwärtigen Notlage

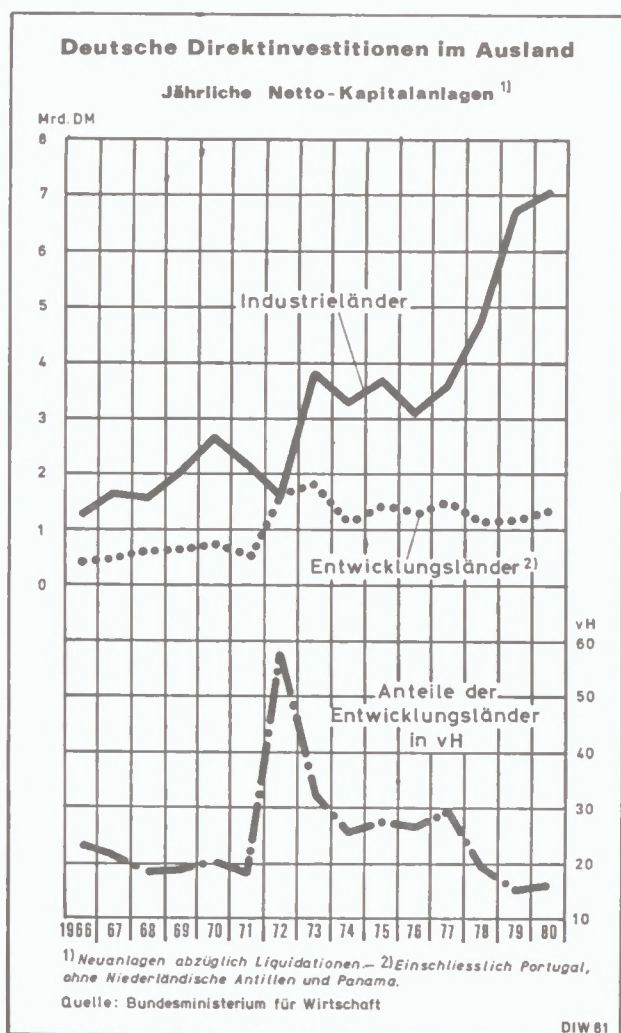
der Entwicklungsländer sicherlich zum rechten Zeitpunkt. Auf diese Weise kann dazu beigetragen werden, den Nicht-Öl-Entwicklungsländern eine weitere Drosselung ihrer Wirtschaftstätigkeit mit dem Ziel, die Zahlungsbilanz zu konsolidieren, zu ersparen. Eine Anpassung an die geänderten Preisrelationen wird ihnen – wie auch den Industrieländern – im Wachstumsprozeß sehr viel leichter fallen als in einer Phase der Stagnation. Allerdings mehren sich dadurch die Gefahren der Überschuldung<sup>1)</sup>. Einige Länder stecken schon jetzt in dieser Klemme, vielen könnte sie unmittelbar bevorstehen. Entscheidend ist daher, wie sich die Finanzströme entwickeln, die zugleich entwicklungspolitisch am bedeutendsten und zahlungsbilanzpolitisch am wenigsten belastend sind.

### Schwächeperiode der deutschen Direktinvestitionen scheint überwunden

Von allen spezifischen Leistungsarten für die Dritte Welt haben die Entwicklungshilfe<sup>2)</sup> und die Direktinvestitionen den größten Einfluß auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Empfängerländer. Die Entwicklungshilfe im engeren Sinn ist 1980 nominal nur um 3,9 vH auf 6,4 Mrd. DM gestiegen, d. h. diese Leistungen nahmen preisbereinigt sogar ab. Bei den Direktinvestitionen von Privaten in Entwicklungsländern dagegen weist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nahezu eine Verdoppelung aus. Sie ergibt sich aus der Anwendung der Konventionen, die

<sup>1</sup> Siegfried Schultz: Zur Verschuldungslage der Dritten Welt. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1981 (erscheint im Juni 1981). Peter Nunnenkamp: Ausmaß, Ursachen und Lösungsansätze der internationalen Verschuldungssituation von Entwicklungsländern. In: Konjunkturpolitik 6/1980, S. 360 ff.

<sup>2</sup> Entwicklungshilfe im eigentlichen Sinn: Staatliche Leistungen zu Vorzugsbedingungen = „öffentliche Zusammenarbeit“ = Official Development Assistance (in der Definition des Entwicklungshilfe-Ausschusses (DAC) der OECD.



schen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern wie in früheren Untersuchungen die Kapital-Statistik des BMWi verwendet.

Der 1978 und 1979 recht drastische Rückgang des Entwicklungsländer-Anteils der Netto-Direktinvestitionen deutscher Anleger im Ausland<sup>6</sup> ist im Jahr 1980 gestoppt worden. Dies ergibt sich aus der Investitionsstatistik, wenn man die Niederländischen Antillen und Panama abzieht, die für deutsche Anleger vor allem als wichtige Sitzländer von Finanz-Holdinggesellschaften fungieren und von denen aus das Kapital zum großen Teil in andere Industrieländer weitergeleitet wird. In dieser Abgrenzung sind die laufenden Direktinvestitionen in Entwicklungsländern 1980 um gut 14 vH höher gewesen als im Vorjahr. Mit 1,3 Mrd. DM haben sie aber selbst in der Rechnung zu jeweiligen Preisen noch nicht wieder den Durchschnittsbetrag von 1972 bis 1977 (1,5 Mrd. DM) erreicht. Ihr Anteil an den gesamten deutschen Auslandsinvestitionen hat auch 1980 nur bei 16 vH gelegen (1972 bis 1977: 31 vH). Wenn die Direktinvestitionen in Entwicklungsländern wieder ihre frühere Bedeutung erlangen sollen, muß die günstigere Entwicklung von 1980 noch einige Jahre andauern.

#### Direktinvestitionen konzentrieren sich auf fortgeschrittenere Länder und wenige Branchen

Auch 1980 war die Verteilung der deutschen Direktinvestitionen auf die einzelnen Entwicklungsländer sehr ungleichmäßig. Die höchsten prozentualen

vom Entwicklungshilfesausschuß der OECD vorgegeben worden sind und auf internationale Vergleichbarkeit abstellen<sup>3</sup>. Gemäß den Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMW) – sie spiegeln eher die langfristigen Vermögensanlagen wider – betrug die Zunahme 1980 nur 6,1 vH<sup>4</sup>.

Angesichts der vielschichtigen Bedeutung, die private Direktinvestitionen haben, ist eine Verbesserung der Informationsbasis dringend erforderlich. Ein praktikables Verfahren, das wertvolle Ergebnisse bringen könnte, wäre eine Verknüpfung der neuen Bilanzstatistik der Bundesbank<sup>5</sup> mit der Kapital-Statistik des BMWi. Dabei wären die Ergebnisse der Bilanzstatistik eine verlässliche und ergiebige Informationsbasis, die anhand der Meldungen über laufende Vermögensanlagen – wenn auch vorläufig und revisionsbedürftig – bis zum aktuellen Zeitpunkt fortgeschrieben werden könnte. Da eine solche Statistik gegenwärtig nicht zur Verfügung steht, wird für die Analyse der aktuellen Trends bei den deut-

<sup>3</sup> Ein kritischer Punkt ist, daß reinvestierte Gewinne in dieser Statistik wie neue Transfers behandelt werden. Überdies macht die Einbeziehung kurzfristiger Kapitalbewegungen die Statistik empfindlich gegenüber vielerlei Einflüssen, die von den internationalen Geld- und Kreditmärkten ausgehen und mit dem Motiv langfristigen investiven Engagements nicht notwendigerweise etwas zu tun haben. 1980 ist auch hier eine Wirkung der Ölpreiserhöhung zu erkennen: Die Muttergesellschaften haben ihren Töchtern in einer angespannten Finanzlage mit Betriebsmittelkrediten beigestanden. Auch wird die Statistik weder nach Ländern noch nach Wirtschaftszweigen hinreichend disaggregiert.

<sup>4</sup> Das BMZ weist für 1980 eine Netto-Investition von 2,9 Mrd. DM aus, das BMWi aber nur 1,1 Mrd. DM. Auch die Entwicklung der Zeitreihen divergiert sehr stark. Der krasse Widerspruch zwischen beiden Gesamtsummen erklärt sich zum einen (mit einem Betrag von ca. einer halben Milliarde DM) aus der Berücksichtigung reinvestierter Gewinne in der BMZ-Statistik; zum anderen werden hier auch kurzfristige Kapitalbewegungen zwischen verbundenen Unternehmen mitgezählt, beim BMWi jedoch nur längerfristige Anlagen. Eine Rolle spielen überdies die unterschiedlichen Meldeverfahren, die sich in Zeitverschiebungen, unterschiedlichen Bewertungen und unterschiedlicher Berücksichtigung von indirekten Beteiligungen (z. B. über Holding-Gesellschaften) auswirken.

<sup>5</sup> Vgl. zuletzt: Die Auslandsverflechtung der Unternehmen im Jahre 1978. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1981, S. 28 ff.

<sup>6</sup> Vgl.: Zur Stagnation der deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Bearb.: Herbert Wilkens. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 31/1980. S. 333 ff.

Zunahmen wurden in Singapur (+ 63 vH), Hongkong (+ 41 vH), Saudi-Arabien (+ 32 vH), Südkorea (+ 27 vH) sowie in Mexiko und Ägypten (je + 24 vH) erreicht. Wie in den Vorjahren konzentrierten sich die Neuinvestitionen somit auf die „Schwellenländer“, d. h. Länder, die in ihrer Entwicklung schon weit fortgeschritten sind<sup>7</sup>. Im ganzen hat sich auch 1980 die Tendenz der Vorjahre, nämlich eine deutliche Konzentration auf die außereuropäischen Schwellenländer, fortgesetzt. Diese Priorität ist sichtbar, seit die europäischen Entwicklungsländer nicht mehr die dominierende Stellung einnehmen, die sie noch Anfang der siebziger Jahre hatten.

**Direktinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern**

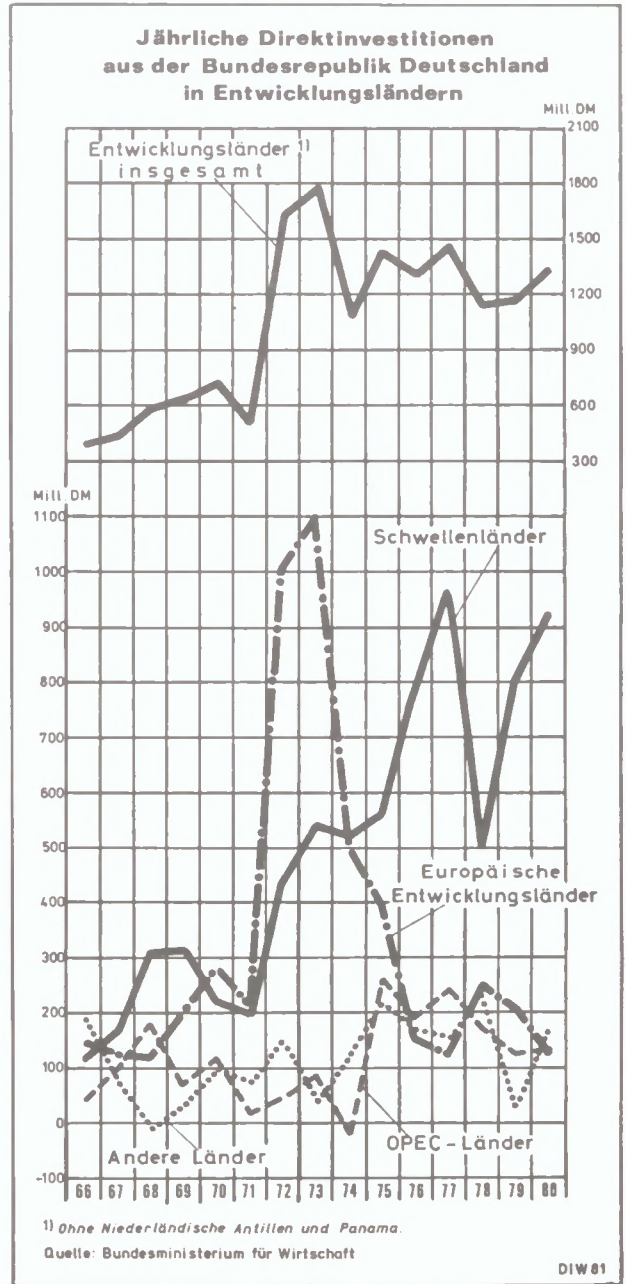
	Bestand in Mill. DM	Anteile in vH	Durchschn. jährl. Zuwachs <sup>1)</sup> in vH	
	Ende 1980		1976/71	1980/76
Alle Entwicklungsländer	19 175	100	14,8	7,8
darunter:				
Brasilien	5 359	28,0	15,3	11,6
Spanien <sup>2)</sup>	4 377	22,8	24,9	4,1
Mexiko	996	5,2	9,3	18,1
Argentinien	860	4,5	4,0	10,4
Israel	621	3,2	70,3	5,1
Iran	506	2,6	24,4	10,7
Griechenland	381	2,0	17,9	5,2
Singapur	368	1,9	74,2	25,5
Libyen	364	1,9	-4,4	2,2
Portugal	319	1,7	30,9	-6,4
Summe der zehn genannten Länder	14 151	73,8	17,3	8,2

1) Zu laufenden Preisen.- 2) Einschl. Kanarische Inseln.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft, verschiedene Jahrgänge.

In den europäischen und außereuropäischen Schwellenländern – dort wohnen etwa 13 vH aller Einwohner von Entwicklungsländern – befinden sich heute gut drei Viertel der kumulierten deutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt. Der Anteil der ärmeren und ärmsten Länder an den Direktinvestitionen war dagegen stets gering (etwa 10 vH). In diesen besonders bedürftigen Regionen mit ihren 2,4 Milliarden Einwohnern haben Investoren aus der Bundesrepublik seit 1952 nur 2,2 Mrd. DM angelegt, d. h. in fast dreißig Jahren weniger als eine DM je dort lebenden Einwohner.

Die Direktinvestitionen konzentrieren sich nicht nur auf eine kleine Zahl von Anlageländern, sondern auch auf wenige Wirtschaftszweige. Auf Dienstleistungen, chemische Industrie, Elektrotechnik, Fahrzeug- und Maschinenbau allein entfallen fast drei Viertel der Gesamtsumme. Seit 1976 hat sich die sektorale Verteilung nur wenig geändert<sup>8</sup>. Über-



durchschnittlich haben vor allem die Investitionsgüterproduzenten ihre Engagements in Entwicklungsländern erhöht (vor allem der Fahrzeugbau).

<sup>7</sup> Hierzu werden in dieser Arbeit die südeuropäischen Entwicklungsländer (Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien, Türkei) und jene Länder gezählt, die 1976 ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 1 000 US-\$ und einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von mindestens 20 vH aufwiesen (Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Israel, Mexiko, Singapur, Taiwan, Uruguay), sowie Südkorea.

<sup>8</sup> Der aus der Tabelle ersichtliche Rückgang des Vermögensbestandes der Mineralölverarbeitung ist irreführend; er erklärt sich daraus, daß ein größerer Vermögenswert nach jahrelangen Verlusten in einem einmaligen Akt ausgebaut wurde. Genaugenommen hätte die Wertberichtigung schon früher und in Raten erfolgen müssen.

**Branchenstruktur der Direktinvestitionen der  
Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern**  
Ende 1980

Wirtschaftsbereiche und -zweige	Bestand <sup>1)</sup> in Mill. DM	Struktur in vH	Index 1976=100	Zuwachs 1980 in vH
Landwirtschaft usw.	124,2	0,6	128	4,7
Bergbau und Energie- wirtschaft darunter:	1 484,7	7,8	148	7,4
Erdöl- und Erdgas- gewinnung	1 176,5	6,1	139	8,4
Erzbergbau	243,5	1,3	191	0,6
Grundstoffe darunter:	5 050,6	26,3	119	-2,4
Metallurgie	1 033,4	5,4	141	3,0
Chemie <sup>2)</sup>	3 489,1	18,2	120	-1,0
Mineralölverarbeitung	315,3	1,6	79	-30,3
Holzbearbeitung, Zell- stoff-, Papiererzeugung	124,2	0,6	112	13,0
Investitionsgüter darunter:	6 036,5	31,5	162	11,7
Maschinenbau	1 510,8	7,9	161	9,0
Fahrzeugbau	2 074,9	10,8	178	25,6
Elektrotechnik, Elektronik	2 088,7	10,9	145	3,3
Metallwaren, Stahlbau	270,5	1,4	200	6,8
Verbrauchsgüter darunter:	735,8	3,8	154	3,7
Glas, Porzellan, Keramik	138,5	0,7	304	1,8
Papier- u. Pappeverar- beitung, Druck	126,4	0,7	235	8,0
Textilien	205,7	1,1	137	3,6
Bekleidung	54,8	0,3	164	15,9
Leder und Schuhe	122,5	0,6	116	4,9
Nahrungs-, Genuß-, Futtermittel	397,5	2,1	104	2,7
Bauwirtschaft	162,0	0,8	120	7,6
Handel und Verkehr	619,7	3,2	106	3,7
Dienstleistungen	4 563,8	23,8	128	11,5
<b>Gesamte Wirtschaft</b>	<b>19 174,7</b>	<b>100,0</b>	<b>135</b>	<b>6,1</b>

1) Kumulierte Nettokapitalleistungen zu jeweiligen Preisen seit 1952.- 2) Einschließlich Gummi- und Kunststoffverarbeitung.  
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft, verschiedene Jahrgänge.

Auch im Verbrauchsgütersektor gab es in einigen Branchen besonders hohe Zuwachsraten (Glas und Porzellan, Papier/Pappe/Druckerei).

**Begrenzter Beitrag der Direktinvestitionen  
zur Entwicklung in der Dritten Welt**

In den ärmeren Ländern der Dritten Welt leisten die deutschen Direktinvestitionen schon wegen ihres geringen Volumens keine fühlbaren Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung. Auch aus der branchenmäßigen Aufteilung der deutschen Direktinvestitionen ist ersichtlich, daß sie nur in einem bestimmten Typus von Entwicklungsländern den Entwicklungsprozeß beschleunigen können.

Das kann allerdings nicht den Investoren angelastet werden. Direktinvestitionen sind nun einmal keine Entwicklungshilfe, die nach Bedürftigkeit eingesetzt wird, sondern eine Kapitalanlage, die primär dem Eigentümer Gewinne bringen soll. Es sollte deshalb nicht so getan werden, als ob Direktinvestitionen – zusammen mit anderen kommerziellen Transaktionen der Privatwirtschaft – die Lücke füllen könnten, wenn die öffentlichen Hilfeleistungen hinter den Zielen zurückbleiben. Insofern wird der Beschluß der Vereinten Nationen, über einen bestimmten Anteil der öffentlichen Leistungen (0,7 vH-Ziel) am Sozialprodukt hinaus auch eine Mindestquote für die Gesamtleistungen (1 vH-Ziel) zu fordern, den Bedürfnissen der Entwicklungsländer nicht gerecht. Entwicklungspolitisch ist es viel wichtiger, das 0,7 vH-Ziel zu erreichen. Das sollte auch in der Berichterstattung des BMZ zum Ausdruck kommen<sup>9</sup>.

Je mehr sich die Direktinvestitionen auf wenige Empfängerländer konzentrieren, umso mehr besteht Anlaß, die öffentliche Entwicklungshilfe, die besonders den ärmeren und ärmsten Ländern zugute kommt, zu erhöhen. 1979 faßte das Bundeskabinett den Beschluß, in den kommenden Jahren den Haushalt des BMZ doppelt so rasch zu erhöhen wie den gesamten Bundesetat. Dieser Beschluß wurde bisher nicht zurückgenommen, sondern noch für den Haushalt 1981 bekräftigt. Wirksam wurde er nicht. 1980 stiegen die Ist-Ausgaben aus dem BMZ-Etat sogar unterdurchschnittlich (+ 5,1 vH; der Gesamthaushalt nahm um 6,1 vH zu), und dieser Zuwachs wurde auch nur dank der Sonderaktion zugunsten der Türkei erreicht. Für 1981 ist gemäß dem jüngst verabschiedeten Haushalt mit einer Steigerung um 8,1 vH auf 5,84 Mrd. DM zu rechnen<sup>10</sup> bei einer Erhöhung des Gesamthaushalts um 7,2 vH. Eine merkliche Annäherung an das 0,7 vH-Ziel der Vereinten Nationen ist damit nicht zu erwarten.

Sicherlich hat die Bundesregierung nicht die Absicht, der Entwicklungspolitik geringere Priorität einzuräumen und die Entwicklung der Dritten Welt statt dessen der privaten Unternehmerinitiative zu überlassen. Real stagnierende oder sogar sinkende Entwicklungshilfeleistungen sind jedoch ein Alarmzeichen. Sollte auch die Bundesrepublik ihre Anstrengungen nicht mehr rasch verstärken, so könnte das

<sup>9</sup> Vgl. aber: „Entwicklungshilfe der Bundesrepublik stieg auch im Jahr 1980 erheblich an.“ In: Informationsdienst Entwicklungspolitik (Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) Nr. 4/1981 v. 29. April 1981, S. 1.

<sup>10</sup> Sofern die Türkeihilfe ausgezahlt werden kann, die unter dem Vorbehalt von Menschenrechtsgarantien seitens der türkischen Regierung verabschiedet wurde. Es handelt sich um 460 Mill. DM.

für andere wohlhabende Länder (z. B. Frankreich und Japan) Signalwirkung haben<sup>11</sup>, zumal wichtige Geberländer (USA und Großbritannien) in dieser Richtung vorangegangen sind. Die unmittelbare Folge wäre zusätzliches Massenelend in weiten Teilen der Dritten Welt. Auf längere Sicht könnte es notwendig werden, die jetzt zurückgehaltenen Mittel — dann ohne Kontrolle ihrer sinnvollen Verwendung — nach-

zuschießen, wenn eine weltweite Finanzkrise infolge der Überschuldung vieler Länder die Regierungen der Industrieländer zwingt, gegenüber ihren Banken für die Schulden der Entwicklungsländer einzutreten.

---

<sup>11</sup> Vgl. Entwicklungspolitik weltweit in der Flaute? Bearb.: Siegfried Schultz. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 23/1981, S. 253 ff.

## Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 49. Jahrgang. Format DIN A 4.

**Heft 1/80.** 116 S. DM 68,—.

DIW-Symposium: Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung.

*Referate:*

*Kurt W. Rothschild:* Kritische Darstellung der theoretischen Grundlagen der Vollbeschäftigungspolitik.

*Olaf Sievert:* Position des Sachverständigenrates.

*Wolfgang Kirner:* Position des DIW.

*Burghart Lutz:* Arbeitsmarktsegmentation und Unterbeschäftigung.

*Dieter Mertens:* Zur Strategiefähigkeit von Vollbeschäftigungskonzepten.

*Rainer Thoss:* Regionalpolitische Aspekte der Vollbeschäftigungspolitik.

*Erika Spiegel:* Neue Nachfragebereiche aus der Sicht der Städte.

*Dieter Schröder:* Innovationsfähigkeit, internationale Arbeitsteilung und Beschäftigung.

*Claus Köhler:* Geldpolitische Absicherung der Vollbeschäftigung.

*Zusammenfassung der Generaldiskussion.*

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

**Heft 2/80.** 159 S. DM 92,60.

Hält die Crowding-out-These kreislauftheoretischer Kritik stand? Von *Mantred Teschner.*

Der Crowding-out-Effekt. Zum gegenwärtigen Stand von Theorie und Empirie. Von *Gustav Dieckhauer.*  
Staatsausgaben und ihre Finanzierung. Einige elementare Bemerkungen zu der Crowding-out-Diskussion.

Von *Eirik Svindland.*

Produktion, Produktivität und Erwerbstätige in den Wirtschaftszweigen der Bundesrepublik Deutschland.

Von *Bernd Görzig, Leo Pusse und Jörg-Peter Weiß.*

Berechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in den 343 kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland. Von *Herwig Birg.*

Beschäftigung und Ausbildung Jugendlicher in Berlin (West) und in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Klaus-Peter Gaulke.*

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen 1979.

**Heft 3—4/80.** 149 S. DM 56,—.

Weiterentwicklung des kurzfristigen ökonomischen Modells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Rudolf Zwiener.*

Perspektiven der bauwirtschaftlichen Entwicklung 1980/81 unter besonderer Berücksichtigung des Wohnungsbaus. Von *Bernd Bartholmai.*

The impact of Settlement Structure on the Tertiary Sector of the Regions of the Federal Republic of Germany. Von *Herwig Birg.*

Soll sich der öffentliche Personennahverkehr am Angebot oder an der Nachfrage orientieren? Versuch einer neuen Standortbestimmung für den ÖPNV. Von *Joachim Niklas.*

Wirkungen des Kaufkraftzuflusses als Folge von Kongressen, Messen und Ausstellungen auf Produktion und Beschäftigung in Berlin (West). Von *Uwe Müller.*

Probleme und voraussichtliche Entwicklung der Industrie in der DDR. Prognose des Wachstums bis 1990. Von *Mantred Melzer.*

Zinserwartungen sind keine Erklärung, sondern eine Beschränkung der Laufzeitstruktur der Zinssätze. Von *Eirik Svindland.*

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Problematische Planziele der RGW-Länder.* Bearbeitet von Jochen Bethkenhagen, Maria Lodahl, Heinrich Machowski,  
Maria Elisabeth Ruban. — *Direktinvestitionen in Entwicklungsländern.* Bearbeitet von Herbert Wilkens.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit  
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.